Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 71 (1984)
Heft: 16

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Umschau

Europäisches Jahr der Musik 1985

Der Europarat hat das Jahr 1985 als «Europäisches Jahr der Musik» erklärt. Damit soll die Musik ganz allgemein gefördert werden. Insbesondere soll Jugendlichen der Zugang zur Musik erleichtert und eine möglichst aktive Teilnahme am musikalischen Leben ermöglicht werden.
Das Schweizerische Nationale Komitee, in welchem die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren vertreten ist, will im schweizerischen Programm für das «Europäische Jahr der Musik 1985» den Reichtum und die Vielfalt des schweizerischen Musiklebens zeigen und auf die eminente Bedeutung der Musik in unserem Leben hinweisen. Gleichzeitig soll es der Förderung des Musikschaffens, besonders im Hinblick auf die Jugend, dienen.
Der Musik kommt in der Bildung und Erziehung ein bedeutender Stellenwert zu, weil durch sie die Kräfte der Intelligenz, der Kreativität, aber auch des Gemüts umfassend gebildet werden. Entsprechende Untersuchungen und Schulversuche bestätigen dies. In Ergänzung einer heute manchmal zu «kopflastigen» Schule muss der Wert und die Bedeutung der Musikerziehung stärker betont werden.
Das «Europäische Jahr der Musik 1985» kann ein geeigneter Anlass sein, neue Impulse zu setzen und die Aufgaben der Musikerziehung bewusster zu machen. Diese Chance soll nicht ungenutzt bleiben.

Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Der Generalsekretär: Prof. Dr. E. Egger

Pro Juventute im «Jahr der Jugend» 1985

Internationale Jahre haben nur einen Sinn, wenn sie etwas in Gang bringen. Partnerschaft zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, Mitbeteiligung und Mitverantwortung der Jugend an unserem gesellschaftlichen Leben – das sind Ziele, die sich die Stiftung Pro Juventute für das kommende «Jahr der Jugend» gesetzt hat.
Zwar gilt für Pro Juventute – seit 1912 – die Devise: «Jedes Jahr ein Jahr der Jugend». Trotzdem ist das kommende Jahr für die Stiftung eine Chance und Herausforderung, sich aktiv mit der Situation, mit den Anliegen und Problemen von Jugendlichen auseinanderzusetzen, deren Ängste und Hoffnungen kennen und verstehen zu lernen.
Seit Anfang 1984 versuchen Pro-Juventute-Mitarbeiter in der ganzen Schweiz, diesen Zielen näherzukommen, indem sie vermehrt den Kontakt mit Jugendlichen suchen. Zahlreiche Ideen und Projekte sind dabei enstanden, und viele davon sind bereits auf dem Weg der Verwirklichung.

Gemeinsame Projekte von Jugendlichen und Pro Juventute
- Podiumsdiskussionen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen
- Ausstellungen zu Themen wie «Jugend an der Arbeit», «Unsere Schule», «Jugend und Freizeit», «Gemeinsam in die Zukunft» usw.
- Jugendfestivals, Spieltage
- Gründung bzw. Unterstützung von Jugendtreffs, Jugendklubs, Sportvereinen usw.
- Jugendliche engagieren sich für Kinder, für Betagte, für Bergbauern
- Vermehrte Zusammenarbeit mit der 2. Ausländergeneration
- Jugendliche engagieren sich im Umwelt- und Naturschutz
- Jugendliche machen eine Zeitung
- Mitbeteiligung der Jugend bei politischen Gruppierungen, bei Organen der Pro Juventute usw.
- Jugendliche und Projekte für den Frieden

Jeder Pro-Juventute-Bezirk wird, den Bedürfnissen entsprechend, andere thematische Schwerpunkte setzen. Neben aktiver Animation, Mithilfe und finanzieller Unterstützung, sieht Pro Juventute eine wichtige Aufgabe darin, als Vermittlerin zwischen Behörden, Institutionen, Öffentlichkeit und Jugendlichen zu wirken.

Jugendliche ernst nehmen
Was viele Jugendliche heute besonders brauchen, sind Freiräume und Möglichkeiten, ihre Ideen in Taten umzusetzen. Sie brauchen eine Form der Partizipation, die ihnen Mut macht und Hoffnung

gibt; sie müssen erfahren, dass die Erwachsenen sie ernst nehmen und akzeptieren, so wie sie sind. Ernst nehmen nicht nur, wenn sich die Jungen den Vorstellungen der Älteren anpassen, sondern auch bereit sein, von jungen Menschen zu lernen, sich hinterfragen zu lassen und festgefahrene Bilder zu revidieren.
«Jugend bringt Zukunft» heisst das Leitmotiv des diesjährigen Pro-Juventute-Markenverkaufs. Jugend hat viele Gesichter. Es gibt zufriedene Jugendliche und unzufriedene, aufgestellte und abgestellte, es gibt stumme und solche, die ihre Meinung herausschreien – und viele dazwischen. Sie alle bringen Zukunft, und sie alle wurden von den heutigen Erwachsenen mitgeprägt durch deren Verhalten, durch deren Unterlassungen, durch die Umwelt, die von ihnen mitgestaltet wurde.
Jugend *braucht* auch Zukunft. Pro Juventute will dazu beitragen, dass es eine lebenswerte Zukunft sei.

Aus den Kantonen

Luzern: Gegen Zwang zur gleichen Ausbildung

Mit 101 Nein gegen 53 Ja hat der Luzerner Grosse Rat die Initiative «Gleiche Ausbildung für Mädchen und Knaben» abgelehnt. Er folgte damit dem Antrag der Regierung und der vorberatenden Kommission. Damit werden die Luzerner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne über die Initiative entscheiden müssen.
Das Volksbegehren ist im Frühjahr 1982 vom Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) mit 4060 Unterschriften eingereicht worden. Es verlangt gleiche Pflichtfächer und ein gleiches Wahlfachangebot für beide Geschlechter während der obligatorischen Schulzeit.

Am CVP-Widerstand gescheitert
Für die Initiative setzten sich im Parlament die geschlossene sozialdemokratische Fraktion, die Poch-Fraktion sowie eine Mehrheit der Liberalen ein. Sie scheiterten an dem bis auf die Stimme einer Frau einmütigen Widerstand der CVP-Fraktion. Die CVP, betonte ihr Sprecher, stosse sich nicht am Grundanliegen, jedoch am Zwang und am radikalen Weg, auf dem die gleiche Ausbildung verwirklicht werden soll. Die geschlechtsspezifischen Eigenheiten dürften nicht verwischt werden. Darum setze sich die CVP für eine gleichwertige anstelle einer gleichartigen Ausbildung ein.

Gesellschaft hat sich verändert
Den Vorwurf, die Initiative wolle die Gesellschaft verändern, wiesen die Befürworter mit dem Hinweis zurück, dass sich die Gesellschaft bereits gewandelt habe. Diesem Wandel sei nun auch in der Schule, die auf das Leben vorbereiten müsse, Rechnung zu tragen. Es gehe darum, Mädchen und Knaben die gleichen Startmöglichkeiten zu geben. Das habe nichts mit Gleichmacherei zu tun. Dem Vorwand, die Initiative sei zu radikal, begegneten die Befürworter mit dem Argument, das Volksbegehren setze keine Fristen und erlaube durchaus eine organische Entwicklung des Reformvorhabens.
Erziehungsdirektor Walter Gut brachte seine Argumentation zur VPOD-Initiative auf die Kurzform «Ja zum Grundanliegen, Nein zum Weg». Ein Gesetzesparagraph über die gleiche Ausbildung sei zu eng, da schliesslich der Erziehungsrat die Lehrpläne festlege. Gut hielt weiter fest, dass die Einführung der gleichen Ausbildung aufgrund des neuen Verfassungsartikels in allen Kantonen auf Schwierigkeiten stosse. Es sei das erklärte Ziel der Luzerner Regierung, in der Frage der Ausbildung für Mädchen und Knaben keine völlige Identität anzustreben, aber eine Annäherung der Angebote im Fächerkanon. «Eine genau gleiche Ausbildung geht an den Förderungs- und Entfaltungsmöglichkeiten der Mädchen vorbei», sagte Gut.

Luzern: Neu diplomierte Reallehrer erhalten mehr Lohn

Die im Kanton Luzern neu ausgebildeten Reallehrer sollen auf den 1. Januar 1985 mehr Lohn erhalten. Dies beschloss der Luzerner Grosse Rat nach mühsamer Diskussion. Während die Mehrheit (vor allem CVP und Sozialdemokraten) mit der Schaffung der neuen Besoldungskategorie einverstanden war, versuchten die Liberalen die Regelung aufzuschieben. Die Poch-Fraktion strebte für alle Orientierungsstufenlehrer eine Einheitsbesoldung an.